

"Zwischenstation Amsterdam" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (18. Juni 1997)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 18.06.1997, n° 138. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"zzwischenstation_amsterdam"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_18_juni_1997-de-b121d4c2-67b6-4a40-9585-c5154ac0357d.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Zwischenstation Amsterdam

Von Günther Nonnenmacher

Das mühsame Feilschen beim Europäischen Rat von Amsterdam wird den einen Anlaß geben, den schleppenden Fortgang der europäischen Einigung zu beklagen; andere werden ihre Überzeugung bestätigt sehen, daß dieses Projekt von der Geschichte überholt worden sei, daß ein nicht länger geteiltes Europa sich neue und andere Ziele setzen müsse.

Beide Einschätzungen sind falsch und unhistorisch. Die Zeit der großen Sprünge in der Europapolitik ist vorbei - im Grunde, seit der erste große Sprung, der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit ihrem Pendant einer Europäischen Politischen Gemeinschaft zu schaffen, 1954 gescheitert war. Die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entwickelte sich schon, wie die Fachleute sagen, „inkremental“: Schritt für Schritt, von Kompromiß zu Kompromiß, unter vielerlei Krisen - man denke an Frankreichs „Politik des leeren Stuhls“ oder an die Ablehnung des britischen Beitrittsgesuchs durch de Gaulle.

Auch der Vertrag von Maastricht war kein großer Sprung nach vorn, sondern Konsequenz einer Entwicklung, deren Stationen die Einheitliche Europäische Akte und der gemeinsame Binnenmarkt waren. Als ihr Schlußpunkt war die Währungsunion konzipiert, die wiederum den Beginn des Weges zur Politischen Union markieren sollte. Über Ausmaß und Umfang der Hindernisse, die auf diesem Weg liegen würden, hat man sich allerdings 1991, unter günstigeren konjunkturellen Umständen, Illusionen gemacht. Dennoch zeigt die in Amsterdam erzielte Einigung über den Stabilitätspakt, daß der Wille, am Ziel anzukommen, ungebrochen ist.

Falsch und unhistorisch ist auch die Ansicht, die europäische Einigung habe sich zumindest in der Form überlebt, die sie in den vergangenen vierzig Jahren angenommen hat. Das Projekt, einen großen gemeinsamen Markt zu schaffen und die Politik der europäischen Nationalstaaten so eng wie möglich abzustimmen, hat durch die kommende Ost-Erweiterung der EU sogar neue Aktualität gewonnen. Warum sollte, was zunächst die Gräben in der westeuropäischen Hälfte des Kontinents überwunden hat, nicht dazu taugen, nun auch die (wirtschaftlich faktisch weiterbestehende) Teilung in Ost und West zu überwinden?

Die osteuropäischen Reformstaaten wollen am Wohlstand der Westeuropäer teilhaben. Dafür aber gibt es kein probateres Mittel, als sie am gemeinsamen Markt teilnehmen zu lassen. Das beste Instrument, um die Defizite in den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa auszugleichen und die nationalistischen Spannungen in und zwischen diesen Ländern zu entschärfen, ist ihre Einbeziehung in die Willensbildungsprozesse der Europäischen Union. Die sind zwar nicht begeisternd, wirken aber befriedend, weil das Einüben in den politischen Kompromiß Tagesgeschäft ist. Es gibt keinen besseren, es gibt schon gar keinen besser erprobten Weg, auf dem die Vielzahl der Nationalstaaten in Europa das friedliche Zusammenleben lernen könnten.

Daß solche Aufgaben nicht im Handstreich erledigt werden können, weil die Westeuropäer ihre Institutionen auf diese Probleme einrichten müssen wobei es immer auch um wirtschaftliche und finanzielle Interessen geht, bedarf keiner näheren Erläuterung. Amsterdam war, als Überprüfung des bisherigen Funktionierens des Maastrichts-Vertrages, der Versuch, Anpassungen vorzunehmen.

Die Umstände haben das nicht leichtgemacht. Die wirtschaftliche Lage in Europa ist nicht gut; Bemühungen, die politischen Rahmenbedingungen so zu verändern, daß die Wirtschaft „mehr Sauerstoff“ bekommt, stoßen in den meisten Mitgliedsländern auf den hartnäckigen Widerstand der organisierten Interessen und der Besitzstandswahrer. Die neue französische Regierung, gerade ins Amt gekommen, mußte ihren Wählern beweisen, daß sie ihr Versprechen hält: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vorrangig auf die europäische Tagesordnung zu setzen. Es hat eines britisch-deutschen Tandems bedurft, um zu verhindern, daß ein keynesianisch motiviertes Strohfeuer entzündet wird, das auf europäischer Ebene genau so schnell verpuffen würde, wie ähnliche Maßnahmen im nationalen Rahmen wirkungslos geblieben sind. En passant hat sich dabei gezeigt, daß es mit dem neuen sozialdemokratischen Zeitalter in Europa nicht viel

auf sich hat.

Wer über die in Millimetern zu bemessenden Fortschritte bei der institutionellen Reform der EU klagt, sollte eines bedenken: zum Kern der europäischen Einigung gehört nicht nur, wie immer gesagt wird, der Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich. Ein Kerngedanke der Integration war und ist auch die Gleichberechtigung der kleineren Staaten Europas, die meist nur Objekt der Geschichte waren, mit den größeren. Auch in der Perspektive einer Erweiterung der EU durch Länder Mittel- und Osteuropas ist es schwierig, hier einen politischen Ausgleich zu finden. Die EU wäre handlungsunfähig ohne die Führungskraft der „Großen“, sie wird aber auch integrationsunfähig werden, wenn die „Kleinen“ ihre Interessen nicht mehr in ihr aufgehoben finden. All dies wird weiterer Verhandlungen und Kompromisse bedürfen.

Als der Bundeskanzler neulich sagte, nach „Maastricht II“ werde es ein „Maastricht III“ und ein „Maastricht IV“ geben (wenn möglich unter einem weniger belasteten Namen), war das nicht, wie manche Briten meinten, als Drohung gedacht. Es beschreibt vielmehr den normalen, historisch vorgezeichneten Weg der europäischen Einigung: Die bisher entstandenen Institutionen sind im Grunde nicht mehr als Stationen eines weiter andauernden Prozesses.